

Zeitschrift: Schweizerische Bauzeitung
Herausgeber: Verlags-AG der akademischen technischen Vereine
Band: 88 (1970)
Heft: 53: Sonderheft Raumplanung und Wald

Artikel: Il bosco ticinese e la necessità della sua conservazione
Autor: Antonietti, Aldo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-84721>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die nachteiligen Auswirkungen des Waldes sind je nach seiner Lage zum Objekt unterschiedlich. Bauten im Süden des Waldes sind weniger benachteiligt. Dasselbe kann bei Hanglagen, besonders Expositionen, z.B. auf Kuppen der Fall sein. Auf die Frage, wie weit Ausnahmen vom eindeutig messbaren Abstand zulässig sind, gibt es keine Richtlinien. Derartige Fälle sollten immer an Ort und Stelle geprüft werden. Dabei haben die behandelnden Instanzen die Vor- und Nachteile zu erwägen, damit den Bauten und den Bewohnern später keine unzumutbaren Benachteiligungen erwachsen. Häufig lässt sich feststellen, dass die Bauherrschaft im Zeitpunkt der Verhandlungen die angeführten Inkonvenienzen bagatellisiert. Persönlich glaube ich, dass Ausnahmen in der Abstandsregelung nur in ganz seltenen und besonders begründeten Fällen vertretbar sind. Auf jeden Fall sollte der Betroffene ausdrücklich bestätigen, dass er alle späteren Nachteile in Kauf zu nehmen und auf ein Kappungs- oder Rodungsbegehren zu verzichten gewillt ist. Um die Rechtssicherheit zu verbessern, ist eine klare Regelung des Bewilligungsverfahrens für Ausnahmen notwendig. Dabei ist festzulegen, wer begutachtende und entscheidende Instanz ist. Verschiedene Schwierigkeiten ergeben sich dadurch, dass das Verfahren nicht eindeutig geklärt ist.

In Kreisen der Landesplanung wird anerkannt, dass ein Waldrandabstand notwendig ist. Die von forstlicher Seite aufgestellte Forderung wird auch von den Planern unterstützt. Auf den Waldrandabstand zu verzichten, wäre bestimmt ein planerischer Rückschritt. Die Norm über den Waldrandabstand findet sich in verschiedenen Forstgesetzen. Sie ist in einigen kantonalen Baugesetzen verankert. Die meisten kommunalen Bauordnungen enthalten eine Waldabstandsvorschrift. Auf jeden Fall ist anzustreben, dass die Abstandspflicht in allen kommunalen und kantonalen Baugesetzen geregelt wird.

Bei der Anwendung und Handhabung stellt sich die Frage, was Wald ist und wo die Waldgrenze liegt. Bei geschlossenen, grösseren Waldkomplexen dürfte es diesbezüglich keine Schwierigkeiten geben. Unterschiedliche Auffassungen können sich bei kleinen Baumgruppen oder beim Weidewald ergeben. Auch ist denkbar, dass vorspringende Waldzipfel, der Zickzackverlauf der Waldgrenze – wenn somit kein eindeutiger Waldrand besteht – zu Auseinandersetzungen führen. In diesen Fällen ist es notwendig, den Waldrand gutachtlich festzulegen, wobei die Forstorgane, die Planer und die Baubehörden zu begrüssen sind. Für solche Gegebenheiten ist ein Entscheid in jedem einzelnen Fall erforderlich. Wird der Wald auf dem Zonenplan eindeutig ausgeschieden, so erhöht sich die Rechtssicherheit bedeutend. Ferner ist es möglich, ähnlich den Bau-linien, sogenannte Waldabstandslinien in den Zonenplänen festzulegen. Die haben rechtlich die gleiche Wirkung wie Bau-linien und können den gewünschten Waldabstand unmissverständlich bestimmen.

Stellt der Bauabstand gegenüber dem Wald eine entschädigungspflichtige Eigentumsbeschränkung dar? Das Bundesgericht hatte in dieser Sache einen bemerkenswerten Entscheid gefällt. Nachdem der Kanton Obwalden am 16. Mai 1965 ein Baugesetz erliess, das einen Gebäudeabstand gegenüber Waldrändern verlangt, war es einem Grundeigentümer nicht mehr möglich, eine Überbauung im vorgesehenen Ausmass durchzuführen. Der Gemeinderat erteilte dem Besitzer, der bereits vor dem Erlass des Baugesetzes das Grundstück erworben hatte, eine Ausnahmebewilligung. Der Waldrandabstand wurde auf 10 Meter herabgesetzt. Doch verweigerte der Regierungsrat diese Sonderbehandlung. Die dagegen ergriffene staatsrechtliche Beschwerde wurde vom Bundesgericht mit Urteil vom 10. Juni 1966 abgewiesen. Im Jahre 1969 stellte derselbe Bauherr ein Begehren, wonach ihm eine Entschädigung zuzusprechen sei, weil das durch die Abstandsvorschrift entstandene Bauverbot einer materiellen Enteignung gleichkomme. Der Regierungsrat verneinte das Vorliegen einer materiellen Enteignung. Die hierauf beim Bundesgericht gegen diesen Beschluss geführte staatsrechtliche Beschwerde wegen Verletzung der Eigentumsgarantie wurde am 28. Januar 1970 abgewiesen.

Das Bundesgericht kam zum Schluss, dass die gesetzliche Festlegung des Bauabstandes zum Waldrand keine entschädigungspflichtige Eigentumsbeschränkung darstellt. Es ging dabei von der Überlegung aus, dass Eingriffe in das Eigentum, welche zur Abwehr ernsthafter Gefahren für die Öffentlichkeit oder für die Rechtsgüter Einzelner gedacht sind, keine Entschädigungspflicht des Gemeinwesens begründen. Insbesondere an Steilhängen dient die Vorschrift zum Schutz von Personen und Sachen vor der Gefahr umstürzender Bäume. Die meisten Kantone schreiben denn auch einen Mindestabstand gegenüber dem Wald vor, der in der Regel 30–40 m beträgt. Interessant bei diesem Entscheid ist die Tatsache, dass die Beschränkung erst nach Erwerb des Grundstückes vorgenommen wurde. Das Bundesgericht hat festgestellt, dass Waldabstandsvorschriften in der Schweiz keine Ausnahme bedeuten, sodass auch im Kanton Obwalden mit dem Erlass früher oder später zu rechnen war.

Die Forderung nach einem Waldrandabstand trägt wesentlich zur klaren Abgrenzung der Baugebiete und des Waldes bei. Im dicht überbauten stadtnahen Gebiet kommt dem Wald vermehrte Bedeutung als grossem natürlichem Erholungsraum zu. Ein bevorzugter Aufenthaltsort sind gerade die Waldränder. Daher werden viele Wege, die der Erholung dienen, längs des Waldrandes angelegt. Weil die Bedeutung des Waldes für die Erholung in Zukunft noch wichtiger wird, muss – neben den forstlichen und wohngygienischen Überlegungen und um die Gefährdung von Bauten und Menschen zu verhüten – auch aus planerischer Sicht ein genügender Bauabstand gegenüber dem Wald eingehalten werden.

Il bosco ticinese e la necessità della sua conservazione

DK 634.0

Del Dott. Aldo Antonietti, ing. forest. dipl., Berna

Nel Cantone Ticino i boschi ricoprono una superficie di 90000 ettari circa, pari al 32% del territorio cantonale. Essi sono caratterizzati da condizioni climatiche e pedologiche generalmente favorevoli alla crescita arborea e da una chiara predominanza delle frondifere sulle conifere.

Nell'orizzonte submontano compaiono su rocce povere di carbonati boschi di castagno sovente puri, su rocce ricche di carbonati boschi misti di latifoglie particolarmente ricchi di specie e caratterizzati dall'abbondanza del carpino (*Ostrya*

carpinifolia). Il castagno non è autoctono nel Ticino, essendo stato introdotto con molta probabilità al tempo dei Romani e largamente diffuso in seguito, a scapito delle foreste originarie, per le sue molteplici possibilità d'impiego nell'economia agricola locale. I boschi castanili occupano attualmente una superficie di 15000 ettari almeno. Il frutto veniva raccolto specialmente in boschi costituiti da piante d'alto fusto di grandi dimensioni e sovente innestate, noti sotto il nome di selve e frequenti nelle vicinanze dei paesi e dei monti. Nelle selve si

raccoglieva inoltre sovente lo strame per la stalla, si mandava il bestiame a pascolare e talvolta si falciava anche. Per la produzione di legna veniva sfruttata invece l'eccezionale forza di riproduzione agamica del castagno in boschi cedui molto densi, tagliati praticamente a raso ogni 15-25 anni.

Nell'orizzonte montano predominano boschi sovente puri di faggio, generalmente trattati a ceduo per la produzione di legna da ardere. Nel Sottoceneri essi formano frequentemente il limite superiore della foresta: così, ad esempio, al monte Generoso. L'abete bianco si mescola al faggio nelle regioni più piovose ed umide con epicentro nel retroterra locarnese. Una particolarità è rappresentata dalle pinete della regione di Faido, dove le precipitazioni del periodo vegetativo denotano un minimo. L'orizzonte subalpino presenta, oltre alle faggete pure o miste con abete bianco e rosso, boschi di abete rosso e larice particolarmente ben sviluppati nella valle Leventina.

Mentre un tempo i boschi ticinesi di frondifere - e specialmente i cedui di castagno, di faggio e misti - erano sottoposti ad una coltivazione o forse meglio ad uno sfruttamento intenso con tagli sovente ravvicinati, a cui si aggiungeva non di rado il vago pascolo del bestiame caprino ed anche bovino, essi denotano oggi un tracollo economico completo. La loro produzione, generalmente ancora elevata ma costituita quasi soltanto da assortimenti per ardere, risulta invendibile o almeno non copre più le spese di taglio e di lavorazione. Le piccole aziende agricole che nel bosco trovavano fonte di lavoro e materia prima, sono inesorabilmente condannate a scomparire e con esse la coltura - sia pure rudimentale - del bosco medesimo. Questi ed altri fatti di ordine patologico e climatico o connessi con lo sviluppo edilizio e turistico del Cantone iniziatosi negli anni dell'ultimo dopoguerra, fanno sì che il futuro del bosco ticinese appaia piuttosto incerto.

L'importanza del bosco ticinese

L'articolo 31 della legge forestale federale dell'11 ottobre 1902 garantisce la conservazione dell'area boschiva della Svizzera. Questa chiara norma legale rappresenta una limitazione di diritto pubblico per la proprietà boschiva, in quanto le foreste - accanto alla produzione di legno - svolgono funzioni protettive, paesaggistiche e di ristoro d'interesse generale, già importanti all'epoca dell'emanazione della legge ma ancora di più ed in continuo aumento oggi con il crescere della popolazione e l'espandersi dell'edificazione. Queste funzioni risultano presenti - ed in sommo grado - anche nel bosco ticinese.

I pendii montagnosi denotano nel Cantone Ticino dislivelli e pendenze eccezionalmente forti: basti pensare, ad esempio, alle montagne che fiancheggiano il piano di Magadino, le quali dai 200 metri del fondovalle raggiungono e superano i 2000 metri delle cime con pendenze sovente superiori al 60%. Le precipitazioni sono inoltre tra le più elevate della Svizzera, oltrepassando non di rado i 2000 millimetri annui, e risultano per di più concentrate nei mesi da maggio a novembre, raggiungendo intensità in media doppie di quelle ad esempio della stazione meteorologica di Zurigo. A ciò si aggiunge la presenza di suoli sabbioso-limosi poveri di argille e con sostanze organiche a struttura labile, quindi nel complesso incoerenti e perciò facilmente erodibili. In condizioni simili le funzioni di una copertura boschiva compatta e sana per la regolazione del regime idrico, per la difesa del suolo dall'erosione superficiale e dai franamenti, per la limitazione di piene catastrofiche, appaiono d'importanza addirittura primaria.

Il Cantone Ticino è noto non soltanto per il suo clima, caratterizzato da precipitazioni elevate e contemporaneamente da un'insolazione annua molto lunga, ma anche per il suo paesaggio estremamente variato e pittoresco. Di questo paesaggio

i boschi di frondifere sono un elemento fondamentale ed insostituibile. Si pensi al lago di Lugano contornato da monti spigolosi addolciti da una copertura boschiva continuamente cangiante con le stagioni. Oppure alle magnifiche selve castanili delle colline tondeggianti del Malcantone. O ai meriggi di faggio in vicinanza di monti ed alpi.

Questi stessi boschi rappresentano, proprio per la loro ricchezza floristica ed il loro rapido mutare a dipendenza delle condizioni dell'ecotopo, un elemento di attrazione turistica e di svago e ristoro che la natura ha generosamente offerto al Cantone Ticino, ai suoi abitanti ed ai suoi numerosi estimatori da ogni parte del mondo. Oggigiorno i sentieri turistici scarseggiano evidentemente ancora da più parti, ma quei pochi esistenti - come ad esempio sull'Arbostora, da Cademario ad Iseo e nel Locarnese - confermano le possibilità insite in simili pur modeste infrastrutture.

Con queste premesse risulta evidente come la conservazione ed il miglioramento del bosco ticinese rappresentino un compito importante ed urgente.

I dissodamenti a scopo edilizio

Tra i numerosi pericoli che minacciano il bosco ticinese - specialmente nelle regioni inferiori attorno ai laghi - non può certamente essere trascurato quello dei dissodamenti a scopo edilizio. Dal 1960 vengono infatti sacrificati nel Cantone Ticino dai 15 ai 20 ettari di bosco all'anno, prevalentemente per scopi edilizi d'interesse privato ed a carattere speculativo. I dissodamenti risultano concentrati - manco dirlo - nel Luganese e Mendrisiotto e nel Locarnese: vale a dire nelle regioni più belle e più meritevoli di protezione. Poichè tutti i boschi del Cantone sono stati - molto giustamente - dichiarati protettori ai sensi della legge forestale federale, risulta difficilmente comprensibile come sia stato possibile autorizzare una simile pericolosa eccezione nei confronti del chiaro asserto dell'articolo 31 della stessa legge, già citato al capitolo precedente.

Si ritiene oggi che anche nel Cantone Ticino, come nel resto della Svizzera, il terreno necessario per contenere l'espansione demografica ed il conseguente sviluppo edilizio ed industriale fino all'anno 2000 rappresenti solo una minima percentuale, purchè sfruttato sulla base di una pianificazione territoriale giudiziosa, e non sia perciò in generale necessario richiedere il sacrificio di bosco. Le numerose aree ex-agricole disponibili specialmente nel Ticino sono più che sufficienti a coprire i bisogni edilizi dei Comuni per un tempo lunghissimo. Ogni dissodamento concesso allarga perciò inutilmente la superficie potenzialmente edificabile ed automaticamente favorisce la costruzione sparsa su un territorio già eccessivamente vasto, complicando dal lato tecnico e rincarando da quello finanziario la realizzazione delle infrastrutture comunali primarie.

Con questi presupposti i dissodamenti a scopo edilizio privato non sono suffragati da nessun interesse comunale o cantonale: anzi risultano generalmente di danno allo stesso. Le autorizzazioni date finora non hanno nessuna giustificazione pubblica e gli eventuali momenti tecnico-forestali presi in considerazione non sono sufficienti a giustificare l'eventuale rifiuto di analoghi permessi in futuro. Ogni dissodamento concesso rappresenta piuttosto un precedente per altri, rendendo attenti i proprietari di boschi sulla possibilità e l'interesse di una simile operazione.

In questo campo incombe alle autorità forestali cantonale e federale l'ingrato compito di ripristinare una prassi di dissodamento più conforme alla legislazione vigente, all'importanza sempre maggiore del bosco per il benessere della popolazione e la conservazione della natura e del paesaggio, ad una razionale espansione edilizia e conseguentemente all'interesse generale.

Gli incendi di boschi

Molti si saranno certamente domandati, sentendo alla radio – in primavera – continui avvertimenti sul pericolo d'incendio e sul divieto di accendere fuochi all'aperto nel Ticino, se non si stia esagerando al riguardo. Purtroppo ciò non è il caso!

Grazie alle condizioni di crescita favorevoli, nei boschi si accumula durante il periodo di riposo invernale una quantità notevole di lettiera – erbe, felci e foglie secche – molto facilmente incendiabile. Per di più, i mesi da dicembre ad aprile risultano poveri di precipitazioni. Ma quel che è peggio, nello stesso periodo soffia frequentemente un forte vento dal nord che in conseguenza della rapida discesa si riscalda e sopra tutto si dissecca, tanto da determinare percentuali di umidità dell'aria inferiori a 20% anche per più giorni consecutivi. Questo vento è in grado di seccare completamente in poche ore la lettiera del sottobosco anche dopo una pioggia abbondante.

Si comprende allora facilmente come basti poca cosa – un mozzicone di sigaretta acceso, una scintilla di un fuoco di giardino anche controllato, un frammento rovente dei ceppi del treno – per causare un principio d'incendio e soprattutto – con tempo ventoso – per favorire la sua rapidissima diffusione su interi fianchi di montagna senza praticamente nessuna possibilità di difesa efficace. Ogni tentativo di lotta è reso inoltre difficile e pericoloso per chi vi partecipa, a causa dei pendii impervi – sovente interrotti da banchi di roccia – e dell'assenza di strade e sentieri d'accesso. Con il vento il fuoco salta poi sovente da un posto all'altro e non di rado le squadre di spegnimento vengono a trovarsi improvvisamente circondate dalle fiamme. Non c'è da stupirsi se in molti casi l'incendio può essere spento soltanto una volta cessato il vento.

Il fuoco è un nemico pericoloso del bosco, sia per i soprassuoli attuali ma ancor più per quelli futuri a produzione pregiata creati mediante piantagioni costose. Nelle zone particolarmente colpite, come ad esempio sopra Locarno ed Orselina, le sostanze organiche di superficie scompaiono e la cotica erbosa non si riforma più, determinando un impoverimento del suolo ed un più rapido scorrimento dell'acqua verso il basso, con fenomeni d'erosione e pericoli di piene dei corsi d'acqua.

La lotta diretta risulta estremamente difficile per quanto già detto. Forse il metodo migliore consiste nell'organizzare un sistema d'avvistamento rapido e funzionale dei principi d'incendio durante il periodo critico, in grado di far intervenire sul posto nel giro di pochi minuti un aereo carico d'acqua da scaricare sul focolaio. Molto efficace dovrebbe risultare inoltre la lotta preventiva indiretta: mediante informazione della popolazione e soprattutto delle scolaresche sul pericolo grave d'incendio in determinate epoche, avvertimenti alla radio e televisione, proibizione dei fuochi all'aperto e relative misure di polizia nei confronti dei trasgressori.

Il cancro della corteccia del castagno

Nel 1948 venne riscontrata per la prima volta nei castagneti ticinesi una pericolosa malattia causata da un fungo dell'ordine degli Ascomyceti, nota sotto il nome di cancro della corteccia. Da quell'epoca il parassita si è diffuso in tutta la regione castanile, causando la morte delle piante più deboli ed il lento deperimento di quelle più resistenti. Nei primi tempi dell'epidemia vennero formulate previsioni piuttosto pessimistiche che fortunatamente non si avverarono per il seguito; la situazione permase tuttavia grave. Di fronte all'ampiezza della calamità la Confederazione con un decreto del 1956 ed il Cantone Ticino con uno del 1958 gettarono le basi per una vasta azione di risanamento della zona pedemontana castanile

ticinese, prevedendo all'uopo la possibilità di sussidi fino a copertura di tutte le spese.

Subito dopo la scoperta della malattia, l'Istituto federale di ricerche forestali di Zurigo pose mano a diversi studi, intesi da un lato a sperimentare misure di lotta chimica diretta e dall'altro a selezionare varietà di castagno resistenti alla malattia. Del pari venne creata su territorio dello Stato la piantagione sperimentale di Copera nei Comuni di Camorino e S. Antonino, per la ricerca delle specie legnose e delle loro provenienze meglio adattate all'ambiente ticinese ed in grado di produrre assortimenti di valore.

Con l'azione di risanamento si intendeva sostituire i boschi di castagno malati mediante piantagioni di specie diverse atte a formare foreste d'alto fusto pregiate a produzione elevata. Contemporaneamente venivano realizzati le strade ed i sentieri d'accesso, le eventuali opere di difesa contro il fuoco e le cinte di separazione tra pascolo e bosco.

Dal 1958 si è così rimboscato quasi un migliaio di ettari di terreno e costruito 40 chilometri di strade con un importo di spesa complessivo di oltre 14 milioni di franchi. L'operazione di risanamento denota tuttavia un rallentamento evidente in questi ultimi anni, determinato da una riduzione dei sussidi federali, dall'aumento continuo delle spese ed in particolare dei salari, dalla diminuzione della manodopera disponibile e dalla scomparsa di un importante consumatore di legno di castagno – la fabbrica di tannino di Maroggia. Poiché le spese di piantagione hanno raggiunto livelli difficilmente giustificabili da un punto di vista puramente economico, specialmente in conseguenza del costo elevato dei lavori di taglio e di sgombero del soprassuolo castanile esistente, l'azione di risanamento in corso dovrà essere opportunamente ridimensionata, concentrandola nelle zone dove effettivamente il bosco deperente non è più in grado di esercitare le sue funzioni protettive. Si baderà inoltre a scegliere quelle aree più facilmente accessibili con strade e teleferiche e con una copertura boschiva rada o di poco valore, in modo da limitare i costi d'esbosco per i popolamenti attuali e futuri. I metodi di preparazione del terreno, di piantagione e di pulizia dovranno inoltre essere meccanizzati e razionalizzati al massimo. Tutti gli interventi verranno eseguiti infine nei limiti compatibili con le esigenze di conservazione paesaggistica.

La mancanza di una tradizione forestale

L'esecuzione dei suddetti lavori, ed anche – più in generale – di tutti i lavori selvicolturali nei boschi di frondifere, si urta nel Cantone Ticino alla mancanza di una tradizione forestale. Proprio perchè la gente della montagna ha sempre considerato e sfruttato i boschi in funzione dei bisogni dell'azienda agricola, facendo largo uso del semplice ma allora redditizio metodo della ceduzione, non conosce affatto le possibilità insite nel bosco d'alto fusto e nemmeno saprebbe coltivarlo adeguatamente. A ciò si aggiunge la scarsità delle riserve finanziarie disponibili e delle possibilità di nuovi introiti dai boschi ormai non più commerciabili, che impediscono ai proprietari – generalmente Patriziati – l'esecuzione anche di quei minimi interventi colturali atti a conservare e migliorare la forza produttrice della foresta. Per questi fatti i soprassuoli a predominanza di latifoglie vengono oggi praticamente abbandonati a se stessi ed «inselvaticiscono». Il fenomeno può dirsi benevolo dal lato biologico, in quanto rappresenta un arricchimento dell'associazione forestale e dell'ecotopo dopo gli sfruttamenti eccessivi durante secoli. Esso rende tuttavia più difficile l'accesso al bosco e la praticabilità dei vecchi sentieri, anche se trattasi di fenomeno frequentemente passeggero che andrà naturalmente attenuandosi con il crescere dello strato arboreo.

Un aiuto ai proprietari di boschi risulta ciò nonostante indispensabile, per intervenire laddove si ha deperimento o perdita di valore, per coprire le spese residue di progetti sussidiati, per coltivare adeguatamente le nuove piantagioni, per costruire strade forestali d'accesso d'interesse multiplo. Ciò potrebbe essere raggiunto mediante sussidi erariali più elevati, l'esenzione fiscale dei boschi momentaneamente senza reddito, la partecipazione finanziaria dell'ente comunale più direttamente interessato alle funzioni protettive esplicate gratuita-

mente dal bosco, l'assunzione di determinati lavori di manutenzione e di equipaggiamento a scopo turistico da parte dello Stato e delle Pro loco.

In tal modo sarà possibile migliorare l'assetto del bosco ticinese, dandogli una struttura confacente alle favorevoli condizioni di produzione ma anche e soprattutto ai bisogni d'incremento turistico, e quindi una nuova funzione economica di rilievo, atta a sottrarlo alle brame di sfruttamento edilizio in chiaro contrasto con la legislazione vigente.

Missverstehen im Naturschutzjahr

DK 719.002

Die Idee «Naturschutzjahr 1970» war notwendig, und es ist nicht zu zweifeln, dass ihr manche bessere Einsicht und konkrete Erfolge beschieden sein werden. In diesem Zusammenhang ist auch die breite Aufklärungsarbeit des Schweizerischen Naturschutzbundes zu würdigen. Ihr ist zu danken, dass die Schädigungen unseres Lebensraumes und der Tierwelt durch eine rücksichtslose Wohlstandsgesellschaft heute vielfach eingesehen und bekämpft werden. Erfreulich ist auch, dass Naturschutzkreise die Wahrung unserer Landwirtschaftszone als Ernährungs- und Erholungsraum befürworten. Verdienstlich bemüht sich, ebenfalls nicht erst seit heute, der Schweizer Heimatschutz im Sinne des Naturschutzgedankens für die schonende Eingliederung der (technischen) Bauwerke ins Bild der Landschaft.

Solchen Anstrengungen und einer regen Publizität in Presse, Radio und Fernsehen ist es gelungen, dem Natur- und Heimatschutz viele Freunde und tätige Helfer zu gewinnen. Dies besonders auch unter der Jugend. Mitunter hat man aber auch den Eindruck, es werde des Guten eher etwas zuviel, zwar weniger getan als – gesagt. Dies ist besonders zu bedauern, wenn durch gewisse Behauptungen die Einsicht sowie der gute Wille von Fachleuten angezweifelt werden, während man allen Grund hätte, für deren Sorge und Wirken zur Erhaltung der Naturwerte dankbar zu sein.

Über solches Missverstehen weiss *Hans Braschler*, dipl. Ing. ETH, Chef des Meliorations- und Vermessungsamtes des Kantons St. Gallen (dessen Verbundenheit mit einem vernünftigen Naturschutzbestreben ausser Frage steht), zu berichten – und zu berichtigen. Es ist für das eben Gesagte bezeichnend, dass gerade eine an sich lobenswerte, eindrückliche Schaufensterausstellung in St. Gallen (Juni 1970) hierfür Anlass bietet:

Da wird in einem Falle darauf hingewiesen, dass der Lebensraum (Sümpfe, Weiher, Tümpel usw.) für Frösche und andere Amphibien durch Ablagerung von Unrat und infolge *Meliorierens* zusehends schwinde. «Hier muss doch wieder einmal gesagt werden», schreibt H. Braschler, «dass Melioration nicht allein zur Gewinnung von Neuland, sondern im wesentlichen zur *Strukturverbesserung* unserer Landwirtschaft verhelfen soll. An vorderster Stelle steht die Gesamtmelioration mit Güterzusammenlegung, Weganlagen, Windschutz, Gewässerkorrekturen und Entwässerungen. Eine weitere wichtige Aufgabe bildet die Erschliessung unserer Berggebiete mit Weganlagen, Wasser- und Stromversorgungen, die Erstellung von landwirtschaftlichen Siedelungen, die Sanierung unzweckmässiger Stallungen, die Verbesserung der Alpwirtschaft u. a. m. Wenn der Naturschutz die Erhaltung unserer Land- und Alpwirtschaft befürwortet, sollte er nicht immer wieder das Meliorationswesen unter Beschuss nehmen! Gerade mit der Durchführung von Güterzusammenlegungen besteht doch

die einmalige Möglichkeit, stehende Gewässer zu schaffen, neue Reservate zu verwirklichen und bestehende zu erweitern.» Allerdings ist dem Schreiben ferner zu entnehmen, dass unser Kulturland dauernd in beängstigender Weise geschmälert wird, wo Industriebetriebe und Gewerbetreibende Sumpf- und Kulturland auffüllen, um Lagerplätze oder Bauland zu gewinnen, aber auch wo Verkehrsanlagen und Bauvorhaben aller Art Grünland beanspruchen, ohne dass das Meliorationsamt dies in den meisten Fällen verhindern könnte.

Zu einer Bachkorrektur (Bild 1) lautet der Kommentar der übereifrigen Naturschutzverfechter: «Hier hat Unverstand gewaltet. Der Bach fiel einem zum Opfer, der in seinem geistigen Arsenal nicht viel mehr als Geraden und rechte Winkel hatte. Und mit dem Bach gingen so nebenbei Landschaftsbild, Flora und Fauna futsch. Der Naturschutz kämpft seit Jahrzehnten gegen solche Werke missratener Ingenieure (sic!). Heute ist der Kampf weitgehend gewonnen. Man beginnt jetzt erfreulicherweise zu lernen, dass ein korrigierter Bach nicht schnurgerade und sein Bett nicht ausgemauert sein muss.» Die Verfasser dieser kurzschlüssigen und geradezu beleidigenden «Aufklärung»

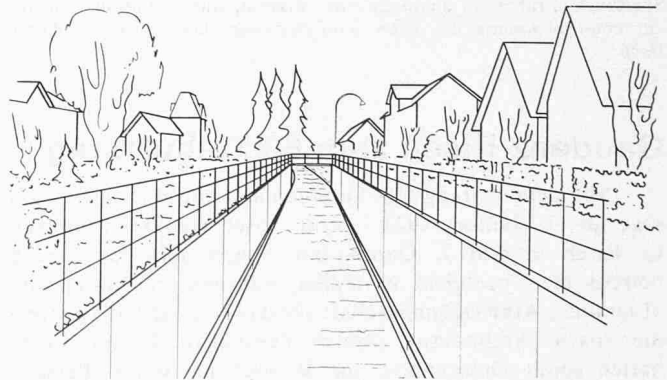


Bild 1. Skizze einer von Naturschutzverfechtern kritisierten Bachkorrektur in einem Wohngebiet. Ohne Seitenmauern hätten sowohl die Zufahrt zu den Gebäuden und möglicherweise die Vorgärten verschwinden müssen. Solche Korrekturen sind in Ortschaften von Fall zu Fall unumgänglich

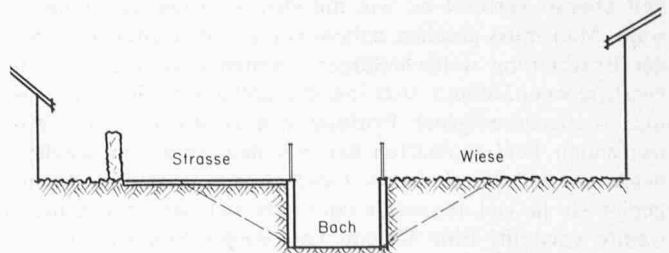


Bild 2. Das ungefähre Querprofil zu Bild 1 mit Eintragung der in der freien Landschaft anwendbaren Böschungen. Im vorliegenden Fall hätten solche die Strasse und Vorgärten verunmöglicht bzw. stark geschmälert